

«Zehn Jahre Verfassungstreit sind genug!»

FBP-Parteipräsident Johannes Matt zur Initiative «Verfassungsfrieden»

«Die Initiativgruppe hat meines Wissens nicht den Versuch unternommen, mit dem Landesfürsten ins Gespräch zu kommen. Der Fürst wird somit übergangen», sagt FBP-Präsident Johannes Matt zur Gegeninitiative «Verfassungsfrieden».

Martin Frommelt

Volksblatt: Herr Parteipräsident, Ihr Kollege von der VU, Heinz Frommelt, wiederholte letzthin den Vorschlag, in der Verfassungsdiskussion ein Moratorium, also sozusagen ein Time-Out einzulegen, um nochmals einen neuen Kompromiss zu erarbeiten. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Johannes Matt: Ein Moratorium ist meines Erachtens immer eine Verhaltensvariante, wenn man nicht mehr weiter kommt, unter der Bedingung, dass die Beteiligten damit einverstanden sind. In der Verfassungsfrage sehen wir jedoch einen Weg. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können über eine Vorlage abstimmen, die sowohl von der Regierung, wie von der Mehrheit der Verfassungskommission des Landtages als auch vom Landesfürsten als gangbarer Weg bezeichnet wird. Falls diese Vorlage in der Volks-



«Auch wir Befürworter der Fürsteninitiative haben schon viele unschöne Dinge über uns ergehen lassen müssen. Wir sollten nicht solche Nebenschauplätze ins Zentrum rücken»: FBP-Präsident Johannes Matt.

angebot gedacht wäre, so müsste er meines Erachtens eher als eine Position in ein Verhandlungs-Gespräch eingebracht und nicht als eine Entscheidungsvorlage zur Abstimmung vorgelegt werden. Im dualen System haben wir es mit zwei Souveränen zu tun. Eine ehrlich gemeinte Friedensvorlage müsste doch ein Kompromiss zwischen diesen Souveränen sein. Die Initiativgruppe hat meines Wissens nicht den Versuch unternommen, mit dem Lan-

Was wollen Sie damit sagen?

Ich beurteile die Friedensvorlage als einen strategischen Schachzug, der den Gegnern der Fürsteninitiative entgegenkommt. Ein einseitiges Vorprellen bringt jedoch keine Befriedigung. Man kann dies bei wie immer gearteten Konflikten beobachten: Bei echten Friedensbemühungen müssen alle tangierten Parteien miteinbezogen werden. Es braucht das Gespräch und es braucht auch eine Vertrauensbasis. Diese ist derzeit zwischen den einzelnen Kontrahenten leider nicht gegeben.

Es ist von einer «bahnbrechenden», kontradiktorischen Veranstaltung die Rede, welche zu einer parteilunabhängigen Information der Bevölkerung beitragen soll. Die Parteien und mehrere Organisationen sollen daran beteiligt sein. Was erwarten Sie von dieser Veranstaltung?

Der Fürst wird somit übergangen

desfürsten ins Gespräch zu kommen. Der Fürst wird somit übergangen. Diese Tatsache allein verunmöglicht es einem Befürworter des dualen Systems (Fürst-Volk), dieser Vorlage zuzustimmen.

Jetzt ist es zu spät für eine Auszeit

abstimmung abgelehnt wird, müssen wir ohnehin von vorne beginnen. Wir haben dann aber eine demokratische Entscheidung. Jetzt, wenige Monate vor dem Abstimmungstermin (natürlich immer unter der Voraussetzung, dass die Initiative zustande kommt) ist es zu spät für eine Auszeit. Zehn Jahre Verfassungstreit sind genug.

Voraussichtlich wird man über mehr als eine Initiative abstimmen; der Landtag hat die Initiative «Verfassungsfrieden» ebenfalls als zulässig beurteilt: Was halten Sie von diesem Friedensangebot?

Wenn dieser Vorstoss als Friedens-

Bahnbrechend ist vielleicht doch ein etwas grosses Wort. Ich erhoffe mir, dass die Veranstaltung einen wichtigen Beitrag zur Information der Bevölkerung leistet. Dabei ist mir wichtig, dass nicht unnötig Emotionen geschürt werden, sondern dass ein sach-

Informieren statt emotionalisieren

licher Austausch von Argumenten stattfindet. Hier appelliere ich heute schon an die Teilnehmer der Pro- und Contra-Seite, diesen Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren. Das Thema Verfassung wird ohnehin schon am Siedepunkt behandelt. Die Veranstaltung muss der Information dienen, darf dabei auf keinen Fall weitere Gräben aufreissen.

In letzter Zeit ist es anscheinend zu Exzessen gekommen. Es seien Tierkadaver vor die Türe von politischen Exponenten abgelegt worden. Die Regierung müsse dazu Stellung beziehen, wird gefordert ...

Dass es zu solchen Entgleisungen kommt zeigt doch, dass wir den Konflikt möglichst bald beenden sollten. Ich persönlich bin für konstruktive Auseinandersetzung und verurteile solche Übergriffe. Wir wissen nicht, aus welcher Ecke sie gekommen sind. Man sollte aber solche Ereignisse auch nicht überbewerten. Auch wir Befür-

Destruktive Aktionen nicht hochspielen

worter der Fürsteninitiative haben schon viele unschöne Dinge über uns ergehen lassen müssen. Durch das Hochspielen in den Medien erhalten genau diese destruktiven Aktionen eine zu grosse Beachtung und fördern geradezu die Nachahmung. Wir sollten nicht solche Nebenschauplätze ins Zentrum rücken. Zum Verhalten der Regierung kann ich nur sagen: Keiner hat wie Regierungschef Otmar Hasler permanent den respektvollen Umgang miteinander angemahnt.

Ergänzungskredit für Namenbuch

Die Regierung hat einen Bericht und Antrag für einen Ergänzungskredit von 567 000 Franken für die Fertigstellung des Werkteils II, Personennamen, des Liechtensteiner Namenbuches zuhanden des Landtags verabschiedet. Damit wird der Abschluss dieses für das Land Liechtenstein kulturpolitisch hoch bedeutsamen Forschungsprojektes ermöglicht. Mit diesem Werk wird Liechtenstein über eine qualitativ hoch stehende Aufnahme des Namenbestandes verfügen.

Das Gesamtprojekt des Liechtensteiner Namenbuches sieht in seiner Konzeption eine Aufteilung in ein Orts- und ein Personennamenbuch vor. Das Ortsnamenbuch ist im Dezember 1999 erschienen. Das Gesamtwerk wird einen Meilenstein in der landesgeschichtlichen und politischen Kultur-erhaltung darstellen. Die Publikation wird nicht nur einen Nutzen für Wissenschaftler haben, sondern auch für Schulen, Kulturinstitutionen, Behörden und für alle an Liechtenstein Interessierten reichhaltige und wertvolle Informationen bieten.

Die Fertigstellung des Liechtensteiner Namenbuches im Sinne seiner Grundkonzeption, nämlich eines Orts- und eines Personennamenbuches, kann die kulturpolitische Identität unseres Landes in hohem Masse fördern. (paff)

FBP GAMPRIN-BENDERN

Weindegustation bei Harry Zech

Am Freitag den 8. November 2002 besucht die FBP-Ortsgruppe Gamprin-Bendern die Weinkellerei von Harry Zech in Vaduz. Zu der damit verbundenen Weindegustation sind alle Interessierten und Kenner unserer Weinkultur eingeladen.

Wir treffen uns um 18.45 Uhr bei der Post Bendern, um gemeinsam nach Vaduz zu fahren. Mit einem kleinen Unkostenbeitrag können wir verschiedene auserlesene Weine probieren und mehr über die Entwicklung unseres Weinbaus erfahren.

Wir bitten um Voranmeldung bei Alois Blank (Telefon 373 48 42 oder per E-Mail: alois.blank@lol.li) bis Montag, den 4. November 2002.

Frau erlebt Politik – Frau macht Politik – Zwei erfahrene Politikerinnen berichten



Hildegard Fässler, Nationalrätin SP

Geboren am 22. Juni 1951. Bürgerin von Appenzell und Stettfurt TG. Dipl. math., Mittelschullehrerin. Kantonsrätin von 1992 bis 1996. Nationalrätin seit 3. März 1997, Präsidentin der SP-Fraktion der Bundesversammlung. Präsidentin der SP Kanton St.Gallen.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK), Finanzkommission (FK), Kommission für den neuen Finanzausgleich (NFA).



Dr. Renate Wohlwend, Abgeordnete FBP

Geboren am 20. Februar 1952. Juristin mit eigener Kanzlei. Landtagsabgeordnete von 1993 bis 1997 sowie seit 2001, stv. Abgeordnete von 1997 bis 2001.

Delegationsleiterin für die Parlamentarische Versammlung des Europarates sowie der OSZE, Mitglied der EWR-Kommission

Montag, den 11. November 2002, um 19.30 Uhr in der Aula der Primarschule Mauren

Einladung

Frau macht Politik

Eine Veranstaltung aus der Reihe: Frauen fördern Frauen – Frauen fordern Frauen

20 Jahre
Frauen in der FBP